ALTERNATIVE SÜDWEST

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

10. Dezember 2021 | Ausgabe Nr. 16 Nachrichten | Information | Meinung

Es ist gut, dass sie geht

ALICE WEIDEL, KV BODENSEE

Angela Merkel verlässt die Bühne in der Rolle, die ihr zuletzt die liebste war: als Zuchtmeisterin, die dem Volk noch in ihrer wohl letzten Pressekonferenz als Bundeskanzlerin neue Freiheitsbeschneidungen und Grundrechtseinschränkungen verkündet.

Das macht den Abschied leicht. An den Folgen ihrer sechzehn lange Jahre währenden Herrschaft wird Deutschland gleichwohl noch lange schwer zu tragen haben: der Kontrollverlust in der Migrationspolitik; die Auslieferung von Souveränität und Volksvermögen an den Brüsseler Zentralismus; das fatale Milliardengrab „Energiewende“; der Siegeszug grün-linker Ideologie und, vielleicht am schwerwiegendsten, die Aushebelung der republikanischen Gewaltenteilung durch einsame „alternativlose“ Entscheidungen unter Umgehung der Parlamente und die parteipolitische Gefügigmachung des Bundesverfassungsgerichts.

Angela Merkels profundes Unverständnis für die Idee der Freiheit und der bürgerlichen Eigenverantwortung hat das fatale Erbe des Obrigkeitsstaats wiederbelebt und das Land tief gespalten.

Von der Nachfolgeregierung ist Besserung nicht zu erwarten, im Gegenteil; zumal Frau Merkel die abgewählte Regierungspartei CDU, der sie nach eigenem Bekunden irgendwie „nahesteht“, in einem desolaten Zustand der inhaltlichen Entkernung hinterlässt, die sie unfähig zur Opposition macht. Dafür hat sich im Widerspruch zu ihrer Politik die AfD als neue freiheitliche Kraft formiert, die der deutschen Parteienlandschaft das lang entbehrte Korrektiv rechts der Mitte gibt.

Besser wäre es, sie wäre früher gegangen

Es ist gut, dass sie geht. Besser wäre es, sie wäre früher gegangen und hätte sich im Ruhestand der Musik gewidmet, für die sie dem Vernehmen nach tatsächlich Verständnis aufbringt.

Dr. Alice Weidel ist Bundestags-Fraktionschefin und Landesvorsitzende der AfD Baden-Württemberg

IN DIESER AUSGABE

Bundespolitik 1 – 4
Merkel geht | Impfpflicht | Bildung | Festung Europa | Claudia Roth

Landespolitik 5 – 8
Grüne&CDU | Wohnungsnot | Roller-Gate | Wahlrechtsreform

Meinung 9 – 11
Klima-Schilda | Gender„gerecht“? | „THE LÄND“ | Wege aus der rechten Ecke

Aufgeklärt! 12
Maastrichtvertrag

Impfpflicht – ein schamloser Wortbruch

Wir werden mit allen unseren Mitteln gegen diese verfassungswidrige Pflicht kämpfen

ALICE WEIDEL, KV BODENSEE

Die geplante Corona-Impfpflicht ist der schamloseste politische Wortbruch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Noch bevor er zum Kanzler gewählt wurde, hat Olaf Scholz sein Versprechen kassiert, das er vor der Wahl im September gegeben hatte: keine Impfpflicht. Er ist nicht der einzige. CSU-Chef Markus Söder, die Länder-Regierungschefs Volker Bouffier und Michael Müller – sie alle haben uns nach Strich und Faden belogen und betrogen. Der dreisteste Umfaller ist, wie sollte es anders sein, FDP-Chef Christian Lindner. Vor der Wahl mit weichgespülten AfD-Aussagen auf Stimmenfang gehen und eine Impfpflicht zurückweisen – jetzt, das Ministeramt in Reichweite, sagt er eiskalt das Gegenteil. Welches FDP-Versprechen wird als nächstes gebrochen: keine Steuererhöhungen? Einhalten der Schuldenbremse? Wer bei der nächsten Wahl immer noch FDP wählt, dem ist nicht mehr zu helfen.

Um Gesundheit und Pandemiebekämpfung geht es den Impfpflicht-Umfallern am allerwenigsten. Impfung ist Eigenschutz, die Entscheidung dafür oder dagegen muss deshalb in der Eigenverantwortung der Bürger bleiben. Eine Pflichtimpfung schützt weder andere vor Ansteckung noch die Intensivstationen vor Überlastung. Der Pflegenotstand ist von der Politik verschuldet, nicht von den „Ungeimpften".

> ***Die „Verschwörungstheorie" ist wahr geworden***

Mit der Impfpflicht wollen die Verantwortlichen von ihrem Versagen ablenken und davon, dass die Impfung, auf den sie sich einseitig als „einzigen Ausweg" festgelegt haben, nicht hält, was die Politik versprochen hat. Dafür verletzen sie das in Art. 2 GG garantierte Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, erpressen unbescholtene und friedliche Bürger, zerstören Existenzen und treiben einen tiefen Keil in die Gesellschaft.

Davor hat die AfD immer wieder gewarnt. Als ich in TV-Auftritten den zunehmenden Impfdruck und einen indirekten Impfzwang kritisiert habe – im Mai bei Markus Lanz, im Juli bei Dunja Hayali im ZDF –, haben die Moderatoren mich hart angegangen: Niemand denke doch auch nur an eine Impfpflicht. Jetzt ist auch diese angebliche „Verschwörungstheorie" wahr geworden und die Impfpflicht soll kommen.

Ich wünschte, ich hätte nicht recht behalten. Aber ich verspreche Ihnen: Die AfD wird ihr Wort halten. Wir werden als einzige echte Opposition für Freiheit und Bürgerrechte eintreten, heute genauso wie gestern und morgen. Und wir werden gegen die von den etablierten Parteien geplante verfassungswidrige Impfpflicht mit allen rechtlichen, politischen und parlamentarischen Mitteln kämpfen. Darauf können Sie sich verlassen.

Dr. Alice Weidel ist Bundestags-Fraktionschefin und AfD-Landesvorsitzende

Bildung ist ein Geschenk der Freiheit

In der Bildung dürfen gefühlte Wahrheiten nicht an die Stelle von Wissen treten

Rainer Balzer, Bad Schönborn

Die aktuelle Diskussion um die angemessene Bildung und Erziehung von Kindern unter sechs Jahren ist nicht neu. Bereits Pestalozzi (18./19. Jh.) und Fröbel (19. Jh.) haben die Bedeutung frühkindlicher Bildung hervorgehoben. Im zwanzigsten Jahrhundert hat vor allem Maria Montessori auf die Bedeutung frühen Lernens und die Stärkung kindlicher Kompetenzen hingewiesen.

In den heutigen Debatten um frühkindliche Bildung fallen unterschiedliche Argumentationslinien auf:

1. Das gesellschaftliche Argument: Man habe Bildungspläne für eine tiefgreifend veränderte Welt zu entwickeln, die Ungewissheit, Komplexität und Vielfalt, bei einer zeitlichen Situationsbezogenheit nicht nur akzeptiert, sondern begrüßt. Dabei wird verkannt, dass diese menschengemachte Veränderungen ideologisch begründet sind.

2. Das nationale Argument: Es wird die Auffassung vertreten, dass bisherige Bildungskonzepte der Philosophie und den Anforderungen des Nationalstaates entsprochen hätten. Diese Betonung der deutschen Rechtschreibung und der ethnischen Identität bei gleichzeitiger Vernachlässigung lingualer Diversität und interkultureller Kompetenz sei zu hinterfragen.

3. Das kontextuelle Argument: Bisherige Bildungskonzepte reflektierten den kulturellen und ethnischen Hintergrund der Kinder nur unzureichend und reagierten kaum auf Belastungen wie Armut, soziale Ausgrenzung und Mobilität.

Die Pädagogik braucht und soll in der heutigen ideologiebasierten Zeit den Kindern nicht mehr die Kenntnisse für wirtschaftlich erfolgreiches Leben vermitteln. Hingegen soll eine Abkehr vom naturwissenschaftlichen Fundament der erfolgreichen Industriegesellschaften gelehrt werden. Gefühlte Wahrheiten statt Wissen sind die Losung!

Mit diesem gewandelten Bildungsverständnis korrespondieren auch veränderte Positionen bezüglich der Werte und Normen, die den jeweiligen überarbeiteten Bildungsplänen dann zugrunde liegen. Als entscheidenden Beitrag zur Chancengleichheit wird die umfassende frühkindliche Bildung angesehen. Doch bei der einseitigen Förderung der Gleichheit – statt der Anerkennung unterschiedlicher Begabungen – tritt ein besonderer Effekt auf. Förderprogramme vergrößern häufig die Unterschiede zwischen Kindern aus sozial benachteiligten und aus privilegierten Milieus. Dieses Phänomen, der Matthäuseffekt, erklärt, dass neue und weitere Erfolge auf früheren Erfolgen basieren. So besuchen viele Kinder aus sozial benachteiligten Familien, die von einer frühen Förderung am stärksten profitieren könnten, gar keine Kita oder Spielgruppe. Ihre Familien haben niedrige Erwartungshaltungen an den Bildungserfolg ihrer Kinder, so die Untersuchung der Bildungsforscherin Margit Stamm.

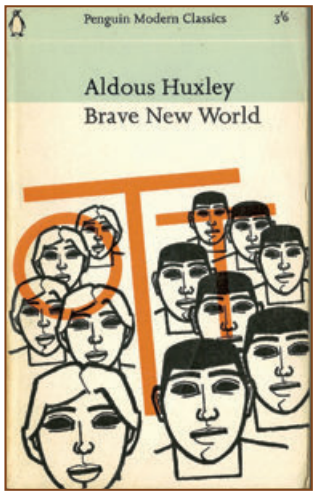


Foto: John Keogh / flickr/ CC BY-NC 2.0 / Umschlag © penguin books

Dem Alptraum einer „schönen neuen Welt" kommen wir immer näher

Der Drang nach Bildung im heutigen Sinne entspringt dem Wunsch nach Wissen. Die gegenwärtige Bildungspolitik unterschätzt diese Inspiration. Bildung ist zu einem Gesellschaftsauftrag geworden, obwohl ein Kind hungrig nach eigener Erfahrung ist. Es braucht eigene Kreativität, um seine Anlagen zu entwickeln. Wird der Mensch zu früh in der Kita oder Schule verplant und eingekesselt, verliert er die Freude am eigenständigen Erfahren und damit am Lernen.

Die Intention der aktuellen Bildungspolitik erinnert besonders im Abschnitt zum City-Brüter und Konditionierungscenter an den lesenswerten Roman „Schöne neue Welt". Der Direktor zeigt den Nachwuchsführungskräften das Gebäude und erklärt, wie Babys und kleine Kinder konditioniert werden und welche Positionen sie später in der Gesellschaft einnehmen sollen. Und weiter: „Die Funktion des Menschen wird bereits während des Befruchtungsvorgangs bestimmt" . Das ist ein Alptraum!

Wir stehen für „Bildung als ein Geschenk der Freiheit"! Frühkindliche Ganztagsbetreuung nur da wo es unumgänglich ist. Lassen wir den Kindern die Freiheit sich zu entfalten, damit sie zu mündigen selbstständigen Bürgern werden.

Redebeitrag zum Thema im Landtag am 21.10.2021: https://t1p.de/tpe7

Dr. Rainer Balzer MdL ist bildungspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Foto: Leonhard Lenz / wikimedia commons / CC0 1.0

Die Bundesregierung steht an der Seite dieser Linksradikalen, die die illegale Migration legalisieren wollen

Wir brauchen die Festung Europa!

Frontex-Polizisten sollen laut Ampel-Koalition mit Antifa-Schleppern kollaborieren – dabei ist es Aufgabe der Grenzpolizei, ihnen das Handwerk zu legen

MARTIN HESS, BIETIGHEIM-BISSINGEN

Die EU-Agentur Frontex sollte eigentlich die europäischen Außengrenzen schützen. Stattdessen müssen sich die Polizeibeamten bei Frontex als Erfüllungsgehilfen für die schädliche Politik der offenen Grenzen missbrauchen lassen. Seit 2015 hat Frontex bei seinen Operationen über 840.000 Migranten auf See aufgegriffen und nach Europa gebracht.

Die Ampel-Koalition will Frontex nun ganz offiziell zum Wassertaxi für illegale Migranten umfunktionieren, im Koalitionsvertrag heißt es: „Frontex soll sich im Rahmen des Mandats bei der Seenotrettung aktiv beteiligen“. „Seenotrettung“ ist ein Euphemismus, mit dem Politiker und Medien die Schleppertätigkeit linker Gruppierungen beschönigen. Diese Schlepperei destabilisiert die Zielländer in Wirklichkeit, weil die illegale Armutsmigration die Sicherheitslage verschlechtert und unseren Wohlstand bedroht. Die selbst ernannten Seenotretter bringen aber auch Migranten in Gefahr, indem sie sie zu gefährlichen Überfahrten anreizen.

Trotzdem erklären die Ampel-Parteien im Koalitionsvertrag ihre Absicht, genau dieses System der Schlepperei zum europäischen Grenzregime zu erheben: „Die zivile Seenotrettung darf nicht behindert werden. Wir streben eine staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer an und wollen mit mehr Ländern Maßnahmen wie den Malta-Mechanismus weiterentwickeln.“

Die AfD lehnt entschieden ab, dass europäische Polizisten mit Antifa-affinen Schleppern kollaborieren sollen. Schleppern muss das Handwerk gelegt werden. Frontex muss zu einer echten Außengrenzpolizei ausgebaut

Die Ampel will Frontex zum Wassertaxi für illegale Migranten umfunktionieren

werden, die die Mitgliedstaaten beim Grenzschutz unterstützt. Dazu ist es unabdingbar, dass Frontex aufgegriffene Migranten konsequent in die Heimatregion zurückführt und nicht nach Europa einschifft. Ein Verteilungsmechanismus für Seenot-Migranten wie der Malta-Mechanismus ist dann überflüssig.

Die Ampel-Koalition will laut ihrem Regierungsvertrag „Migration vorausschauend und realistisch ge-

Fortsetzung auf Seite 5

IMPRESSUM
Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle:
Marc Tosenberger
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
0711 7260540, redaktion@afd-bw.de

Die Beiträge geben grundsätzlich die Meinung der Autoren wieder.

Fortsetzung von Seite 4

stalten. Wir werden irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen.“ Aus illegal mach legal, lautet das Motto von SPD, Grünen und FDP. Auch damit bewegen sie sich auf der Linie linker Migrationshelfer, die nur darauf warten, dass ihr Handwerk vollends legalisiert wird.

Vor der Beratung am 28. November zwischen EU-Mitgliedstaaten und EU-Kommission zu den illegalen Migrationsbewegungen im Ärmelkanal forderten Nichtregierungsorganisationen, dass legale Migrationswege geschaffen werden. Damit ist klar, wo die künftige Bundesregierung auf europäischem Parkett stehen wird: auf der Seite der Linksradikalen, die illegale Migration nicht unterbinden, sondern legalisieren wollen. Die nachteiligen Folgen der Migration bleiben bestehen oder werden sogar verschlimmert, die deutsche Regierung wird international noch stärker isoliert sein als jetzt schon.

Schluss mit der Förderung der Armutsmigration! Deutschland muss wieder seine Grenzen effektiv schützen, Migranten ohne Einreiselegitimation konsequent zurückweisen und Geldleistungen für Asylbewerber in Sachleistungen umwandeln, um falsche Anreize abzustellen. Mit diesen Forderungen der AfD würde sich Deutschland unter die vernünftigen Staaten Europas einreihen. Wir brauchen die Festung Europa!

Martin Hess MdB ist stv. Landesvorsitzender und Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestags

Dogmatischer Multikulturalismus statt klassischer Hochkultur

Mit Claudia Roth als Kulturstaatsministerin wird die Kultur endgültig zum Spielball grün-linker Ideologie

Marc Jongen, WK Neckar-Zabern

Vor dem „Fortschritt“, den die Ampel-Koalition „wagen will“, muss es einem schon jetzt grausen. Das gilt im hohen Maße auch für die kulturpolitischen Ziele dieser Regierung. Mit Claudia Roth soll nun eine Grünen-Politikerin Kulturstaatsministerin werden, deren Qualifikation für dieses Amt vor allem aus einem abgebrochenen Studium der Theaterwissenschaften und der kurzzeitigen Tätigkeit als Managerin der Linksrock-Band „Ton Steine Scherben“ besteht („Macht kaputt, was euch kaputt macht“). Ihr gebrochenes Verhältnis zu unserem Land hat sie unterstrichen, als sie als Bundestagsvizepräsidentin auf einer Anti-AfD-Demonstration mitmarschierte, bei der „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ und „Deutschland verrecke“ skandiert wurde.

Ein Leitbegriff des Koalitionsvertrags der Ampel-Parteien lautet „Transformation“. Dieser von oben betriebenen „Transformation“ Deutschlands dient auch das Vorhaben, Kultur als „Staatsziel“ im Grundgesetz zu verankern. Was sich für unbedarfte Ohren vielleicht gut anhören mag, bedeutet in Wahrheit eine grundgesetzlich garantierte Ideologieförderung in Deutschland. Was die Ampel-Koalition anstrebt, ist nämlich eine Art Staatskultur, die sie an der Herstellung von „Barrierefreiheit, Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ festmachen will.

Zum links-grünen Kulturverständnis passt auch die Quasi-Ausblendung der zentralen kulturpolitischen Rolle von Opernhäusern, Museen und Theatern zugunsten der „Freien Szene“. Ihr gilt wenig überraschend das besondere Augenmerk der Koalitionäre und nicht der „bourgeoisen“ Hochkultur. Und wenn die „Förderung unabhängiger Verlage“ in Aussicht gestellt wird, mit der angeblich die „kulturelle Vielfalt auf dem Buchmarkt“ gesichert werden soll, dann springt sofort ins Auge, dass es sich um Klientelpolitik handelt.

Ganz nebenbei wird die deutsche Kulturnation verabschiedet, wenn angekündigt wird, „die Geschichtsvermittlung der und in die Einwanderungsgesellschaft“ vorantreiben zu wollen. Die unausgesprochene Geschäftsgrundlage dieser selbsternannten „Fortschritts“-Koalition ist ein dogmatischer Multikulturalismus. In dessen politisch korrektem, hypermoralischem Regime dürfen die „schon länger hier Lebenden“ zwar für all das finanziell aufkommen, was sie und ihre Kultur langsam kaputt macht, sie dürfen aber gefälligst keine „Etabliertenvorrechte“ geltend machen.

Die AfD-Fraktion wird dieser völlig verfehlten Kulturpolitik auch in dieser Legislaturperiode entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Dr. Marc Jongen ist stv. Landesvorsitzender und Obmann im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags

LANDESPOLITIK

Die CDU muss Grünschwarz umgehend verlassen!

Die grüne Landesvorsitzende hat den totalitären Charakter ihrer Partei offenbart

BERND GÖGEL, KV ENZKREIS

Bernd Gögel ist Fraktionsvorsitzender im Landtag

Unter der Schlagzeile „Wo wir Grünen an die Schalthebel der Macht kommen, werden wir nicht mehr verhandeln" hat die grüne Noch-Landessprecherin Sandra Detzer MdB am 19.11.2021 für die WELT einen Gastbeitrag geschrieben, der mir das Blut in den Adern gefrieren lässt. An der Regierung werde die Grünen nichts mehr aufhalten können, heißt es da, und man werde mit aller Macht gestalten und vorangehen wie im Wahlkampf versprochen: „Der Klimawandel lässt schließlich keine Zeit mehr". Genannt werden dann Transformationsministerien, die Beschleunigung der Energiewende samt einer neuen Rohstoffpolitik, vernetzte Mobilität jenseits erdölbasierter Antriebe, eine Landwirtschaftsreform. Und für „die großen Baustellen des Klimaschutzes" habe die Partei „klare Konzepte bis hin zu den alltäglichen Handlungsrichtlinien der Ministerialbeamten erarbeitet". Das ist der Weg, ich kann es nicht anders sagen, in ein autoritäres ökosozialistisches Regime.

Versprechungen und Drohungen liegen in diesem Text so nahe beieinander, dass man sich in eine Vergangenheit versetzt fühlt, die man besser nicht mehr erleben möchte. „Wir werden alle Macht nutzen, so lange, bis am Ende wir selbst auf dem Thron landen", schreibt Detzer. „Thron" offenbart genau das Denken, das sie bereits bei der Vorstellung des Stuttgarter Koalitionsvertrags mit dem Satz „Keine Schuldenbremse der Welt wird uns davon abhalten, Baden-Württemberg bis 2030 klimaneutral zu machen" an den Tag legte. Sie will „reformieren und neu verteilen, wo es dem Klimaschutz zugutekommt". Es überschreitet die Grenze zum Fanatismus, „zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen neuen deutschen Klimakonsens auszuhandeln", die „Dominanz des Autos gegenüber der Schiene" abzubauen, „eine europäische Union für erneuerbare Energien" zu schaffen oder die „europäische Bankenunion zu vollenden". Und die Floskel „für die ganze Gesellschaft" zeigt die Hybris, die aus der irrigen Annahme resultiert, allein für das Gute und die Wahrheit zu stehen. Messianisches Bewusstsein war schon immer der Unterbau des Totalitarismus.

Detzer kündigt hier ganz ungeniert das Ende des uns bekannten freien Lebens an. Was erst einmal eingeführt wurde, wird erfahrungsgemäß nie wieder zurückgenommen. Sie zeigt offen, dass die Grünen nichts von Meinungsvielfalt und Demokratie halten, und dass diese Partei sozialistisch ist bis ins Mark. Umwelt ist Nebensache, die Gesellschaft soll verändert werden, Freiheit war einmal. Nach der Wahl, bei der übrigens 85 Prozent der Wähler auf die Vertretung durch die Grünen verzichteten, zeigen Repräsentanten dieser Partei ihr wahres Gesicht und offenbaren, was nach Kretschmann alles lauert. Selbst ein Boris Palmer wird in dieser Partei nicht mehr geduldet.

> ***Die Grüne zeigt offen, dass sie nichts von Meinungsfreiheit und Demokratie hält***

Richard von Weizsäcker erklärte bei seiner Antrittsrede als Bundespräsident am 1. Juli 1984: „Keiner darf für sich den Besitz der Wahrheit beanspruchen, sonst wäre er unfähig zum Kompromiss und überhaupt zum Zusammenleben; er würde kein Mitbürger, sondern ein Tyrann. Wer das Mehrheitsprinzip auflösen und durch die Herrschaft der absoluten Wahrheit ersetzen will, der löst die freiheitliche Demokratie auf." Mit einer Partei, die solche Tyrannen hervorbringt, verbietet sich jede Koalition. Sollten die Herren Strobl und Hagel auch nur einen Rest konservativen Anstands haben, müssen sie diese Koalition umgehend beenden!

Wir haben keinen Platz!

Wie die Asylwelle die Wohnungsnot verschärft

MIGUEL KLAUß, CALW

Linke Parteien und deren Anhänger stehen bei Demos mit Schildern, auf denen die plumpe, aber gern infantil als „bunt“ bezeichnete Parole „Wir haben Platz“ steht, wenn es um neue illegale Einwanderung geht. Genau diese Personen wie auch unbescholtene Bürger sind es aber dann, die sich über die hohen Mieten in den Städten beklagen. Wer schon Wohnungsbesichtigungen in städtischen Zentren um eine teure Wohnung mitgemacht hat, kann ein Lied davon singen.

Die auch jetzt wieder steigende illegale Einwanderung direkt in unsere Sozialsysteme verschärft das Wohnungsproblem massiv. Die Illegalen gehen nach einiger Zeit direkt ins Sozialgesetzbuch-II-System und bekommen mit finanzieller Rückendeckung des Jobcenters eine Wohnung finanziert. So verdrängen illegale Einwanderer in unseren Sozialsystemen Menschen aus dem Niedriglohnsektor aus ihren Sozialwohnungen. Wer arbeitet, wohnt außerhalb der Stadt und muss teuer pendeln und wer in der Stadt wohnt, spart sich die Pendelei und lässt sich vom Amt finanzieren. Was skurril klingt, zeigt die Entwicklung des Wohngeldes und anderer Sozialleistungen beispielsweise in Stuttgart, wo ich zwei Anfragen (17/114 und 17/541) dazu gestellt habe.

Als Beispiel: 73% der hier lebenden Syrer, also fast 800.000 Syrer leben im deutschen SGB-II-System. Sie alle belegen Wohnungen, die nicht mehr der eigenen arbeitenden Bevölkerung zur Verfügung stehen. Pikant ist hierbei auch, dass im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 2027 in der Region Stuttgart „Migrantinnen und Migranten“ erreicht werden sollen (Anfrage 17/550).

Das Wohnungsproblem löst man nicht, indem man nur mehr Wohnungen baut, denn wenn diese Wohnungen nur gebaut werden, um die steigenden Asylzahlen zu befriedigen, ist für die eigene Bevölkerung kein einziger Quadratmeter hinzugekommen. Abgesehen davon, dass Flächenversiegelung und Flächenfraß dem Umweltschutz widersprechen, den die Grünen für sich reklamieren.

Die Lösung für bezahlbaren Wohnraum kann nur mit einer restriktiven Einwanderungspolitik gelöst werden. Dazu zählt nicht nur ein Aussetzen des Asylrechts, sondern auch die Abschiebung aller Flüchtlinge aus Deutschland. Wir benötigen einen klaren Stopp von Einwanderung in die Sozialsysteme. Das deutsche Sozialsystem ist ein Auffangnetz für die Bevölkerung, wenn es im Leben nicht wie geplant läuft und man Hilfe benötigt. Es ist aber nicht dazu da, Illegalen aus Afghanistan, dem Irak oder Syrien eine kostenlose Unterkunft zur Verfügung zu stellen.

> ***800.000 Syrer leben im deutschen Sozialsystem***

Das Sozialsystem eines Landes ist für die eigene Bevölkerung gemacht und nicht für die ganze Welt. Wir haben eben keinen Platz! Das müssen wir klar machen.

Miguel Klauß MdL ist wohnungspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion

Die grüne Ayla und der rote Roller

Hat die Grüne Cataltepe ihr Mandat für private Zwecke missbraucht?

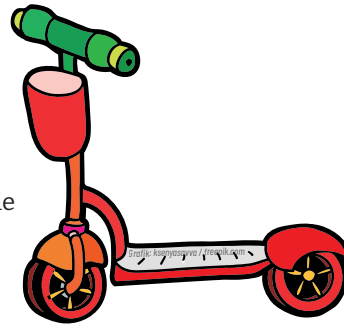
HANS-JÜRGEN GOSSNER, GÖPPINGEN

Ayla Cataltepe ist Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Göppingen und das für die Grünen. Die türkischstämmige Dame lächelt gern in Kameras und legt ganz viel Wert auf den „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ – der für sie selbst offensichtlich in der eigenen Nachbarschaft endet. Was ist passiert?

Cataltepe hat eine Tochter. Und sie hat eine Nachbarin namens Tatjana M., die ihrer Enkelin vor zwei Jahren einen Kinderroller mit roten Rädern gekauft hat, für ganze fünf Euro. Frau Cataltepe behauptete nun, dieser Tretroller gehöre ihrer Tochter.

Bis zu diesem Punkt war es ein ganz normaler Nachbarschaftsstreit, wie er wohl überall vorkommt. In diesem Fall gibt es eine Besonderheit: Eine Abgeordnete ist beteiligt. Cataltepe zeigte Frau M. wegen Diebstahls an, denn immerhin geht es um einen Roller im Wert von ganzen fünf Euro. Und plötzlich stand nachts die Polizei im Garten von Frau M., durchsuchte ihr Grundstück ohne richterliche oder staatsanwaltliche Anordnung und stellte tatsächlich den Roller mit den roten Rädern sicher.

Die resolute Oma Tatjana M. staunte nicht schlecht, weil man wegen eines Kinderspielzeugs so einen Aufwand betrieb. Sie fühlte sich ausgeliefert und hilflos und wandte sich schließlich an die Presse. Die BILD berichtete im November über



Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

„Roller-Gate“, einige Tage später zogen endlich auch lokale Medien nach. Die stellten die Geschichte natürlich wohlwollender für die Grüne dar. So wurde aus einem nächtlichen Einsatz um 22 Uhr eine Durchsuchung „tagsüber um 21 Uhr“. Und auch Frau Cataltepe kam häufig zu Wort und durfte theatralisch vom „ideellen Wert“ des Rollers für ihre Tochter erzählen.

Wem genau der Roller nun wirklich gehört, muss am Ende die Justiz entscheiden. Das Vorgehen in diesem Fall, die rechtswidrige Untersuchung eines Grundstücks am späten Abend, hat jedoch eine besondere Brisanz und muss näher beleuchtet werden. Ich habe mich der Sache angenommen und eine Anfrage gestellt: „Die Vorgänge müssen lückenlos aufgeklärt werden, wenn nicht der Eindruck entstehen soll, dass Frau Cataltepe ihr Mandat und die Nähe zum Innenminister für eigene private Zwecke missbraucht.“

Es ist schlicht eine Frechheit, dass eine Politikerin die Justiz mit einem Kinderroller beschäftigt – und dafür Steuergelder verschwendet. Cataltepe müsste als Mitglied des Innenausschusses eigentlich wissen, dass die Polizei in Baden-Württemberg Wichtigeres zu tun hat, als sich in einen Nachbarschaftsstreit einzumischen. Und sie müsste auch wissen, dass man so den Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht stärkt. Und der ist ihr doch angeblich total wichtig.

Hans-Jürgen Goßner MdL ist Mitglied im Innenausschuss des Landtags

Foto: Sven Gesellewski

Eine grün-schwarz-rote Mehrheit im Landtag für die Wahlrechtsreform steht

Wähler zu unmündigem Stimmvieh

Die Wahlrechtsreform fördert Hinterzimmerentscheidungen

Anton Baron, Schwäbisch-Hall

Mit der Einführung einer Landesliste ins Wahlrecht, wie man sie jetzt in Baden-Württemberg durchprügelt, wäre nicht mehr der Rückhalt der Bevölkerung im eigenen Wahlkreis wichtig, sondern die Position auf einer Liste. Diese Position würde nicht etwa demokratisch auf einem Parteitag beschlossen, sondern in dunklen Hinterzimmern. Aus dem Wähler wird so unmündiges Stimmvieh.

Der Wähler allein muss aber die Leistung eines Politikers honorieren – oder ihn für Nichtleistung abstrafen. Am Ende werden gescheiterte Politiker mit guten Freunden, die sie auf einen guten Listenplatz hieven, weiterhin ihr Unwesen in Stuttgart treiben dürfen. „Loyalität vor Leistung“ – darauf läuft es hinaus. Aus Politikern werden unfreiwillige Politiksklaven.

Besonders amüsant finde ich, dass man vorgibt, mit der Wahlrechtsreform mehr Frauen ins Parlament bringen zu wollen. Neu ist aber, dass die FDP, die ehemalige „Freiheitspartei“, diesen Unsinn nun ebenfalls nachplappert. Unser bisheriges Wahlrecht ist aber bereits demokratisch einwandfrei, es ist subsidiär, territorial repräsentativ, antizentralistisch und leistungsbezogen. Es stellt einen Vertretungsanspruch der Bürger über die Interessen der Parteiapparate dar und bringt die Kandidaten zu den Bürgern vor Ort.

Parallel zur Änderung des Wahlsystems wird das Wahlalter für das aktive Wahlrecht bei der Landtagswahl auf 16 Jahre abgesenkt. Man will die hohe Wahlaffinität der jungen Erstwähler für das linke und grüne Parteienspektrum abzuschöpfen.

> ***Die Kosten für den Steuerzahler sind gigantisch***

Nach den Berechnungen des Wahlrechtsexperten Joachim Behnke würde eine Verbindung von Wahlkreiswahl und Listenwahl zu einer enormen Aufblähung des Landtages auf über 200 Sitze führen. Die Kosten für den Steuerzahler sind gigantisch hoch. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das nicht zu verantworten.

Deshalb lehne ich diese Reform ab.

Anton Baron MdL ist parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion

MEINUNG

Die grünen Klima-Schildbürger

In Marbach wird ein heizölbetriebenes Kraftwerk gebaut – damit für die Versorgung mit Windstrom immer genug Strom da ist

BEATE MAIER, STEINHEIM A.D.MURR

Wer von unseren interessierten Lesern erinnert sich noch an das Kinderbuch „Die Schildbürger"? Diese wähnten sich besonders schlau, lösten aber ihre Probleme nur dadurch, dass sie alles nur noch schlimmer machten. Ein besonders markantes Beispiel: Als sie eines Tages die zahlreichen Mäuse aus ihren Häusern vertreiben wollten, brannten sie dabei gleich die ganze Stadt nieder.

Parallelen zu solch einem kopflosen Vorgehen sehen wir von der AfD Marbach-Bottwartal in der deutschen Klimapolitik. Das Thema wird in vielen Gremien der Partei diskutiert und so auch in der Vorstandssitzung unseres Ortsverbandes.

Sichtbares Zeichen eines handfesten Schildbürgerstreiches quasi vor unserer Haustür ist dabei der Kraftwerksbau am Marbacher Neckarufer. Aus jüngsten Zeitungsberichten konnte man erfahren, dass die Marbacher Räte irritiert waren durch nachträgliche Bauänderungen der EnBW. Grundsätzlichere Einwände gibt es aber offenbar keine. Betrieben mit Heizöl – also fossiler Energie, die man doch sonst geradezu verteufelt – soll dieses millionenschwere Kraftwerk, das Umwelt zerstört und Landschaft verschandelt, als „Notreserve" dienen bei drohender „Dunkelflaute": Strom aus Wind und Sonne stehen ja nicht immer zur Verfügung. Im Idealfall soll das Werk erst gar nicht in Betrieb gehen - und es ist zudem auch nur für eine befristete Zeit vorgesehen.

Eine sichere Stromversorgung ist mit den nicht grundlastfähigen erneuerbaren Energien allein nicht zu halten. Zudem: Die geplante Dekarbonisierung kostet den deutschen Steuerzahler laut McKinsey-Studie schätzungsweise 6 Billionen Euro in den nächsten 25 Jahren. Das „Wallstreet Journal" verspottet die deutsche Energiewende als „dümmste Energiepolitik weltweit" - wir finden also nicht etwa Nachahmer in der Welt, sondern sind höchstens abschreckendes Beispiel.

Dabei fragen sich jetzt schon immer mehr Bürger, wie sie die Tankrechnung, die Miete oder die Heizkosten im nächsten Winter bezahlen sollen. Gleichzeitig wird in der Industrie Kurzarbeit eingeführt oder wandern die Arbeitsplätze ganz in das energiegünstigere Ausland ab.

Karikatur: Gerhard Mester / https://www.sfv.de/artikel/copyright_fuer_mester-karikaturen.htm

Und das Klima? Selbst wenn wir Deutschen ab morgen unsere sowieso schon sehr geringen zwei Prozent CO_2-Emissionen auf Null bringen könnten, würde sich nichts an der Erderwärmung ändern.

China und Indien dürfen laut Pariser Klimaabkommen weitere Jahre bis 2030 unbegrenzt CO_2 ausstoßen und bauen neue Kohlekraftwerke – selbstverständlich feiert auch die Kernkraft fröhliche Auferstehung rund um uns herum.

Hat man das hier im Land der Schildbürger eigentlich schon gemerkt?

Beate Maier ist Diplom-Soziologin und Kreisrätin im Landkreis Ludwigsburg sowie stv.Vorsitzende im Ortsverband Marbach-Bottwartal

Gendern ist eben nicht „Gerechtigkeit“

Der Rat für Rechtschreibung empfiehlt Gender-Zeichen ausdrücklich nicht – doch die Grünen wollen den Schulen und Hochschulen das Gendern erlauben

THOMAS HARTUNG, KV BÖBLINGEN

Gendern heißt geschlechtergerechtes Sprechen: Die Gleichbehandlung der Geschlechter soll zum Ausdruck gebracht werden, wobei es um das gelebte und gefühlte Geschlecht geht, nicht um das aufgrund biologisch-körperlicher Merkmale zugewiesene. Laut Rat für deutsche Rechtschreibung schafft das Gendern Hürden für Menschen mit Einschränkungen oder Deutsch als Zweitsprache genauso wie für Erwachsene mit geringer Literalität – mit wirklicher Gleichbehandlung hat das Genderprojekt also wenig zu tun.

Doch Kultusministerin Theresa Schopper und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (beide Grüne) haben Schulen und Hochschulen anheimgestellt, ob sie Gendersprache und -zeichen zulassen. Das ist absurd. Das Amtliche Regelwerk für die deutsche Orthografie des Rats für deutsche Rechtschreibung empfiehlt Genderzeichen wie Stern oder Unterstrich nicht. Doch genau dieses Regelwerk gilt in unseren Bildungseinrichtungen. Damit handeln beide Ministerinnen eindeutig ideologisch und stellen „Geschlechtergerechtigkeit“ über sprachliche Kenntnisse und Kompetenzen.

Die grünen Ministerinnen stellen „Geschlechtergerechtigkeit“ über sprachliche Kompetenzen

Zwei Drittel der Deutschen lehnen laut Infratest eine gegenderte Sprache ab. Das ist Schopper und Bauer egal, sie wollen die politische Agenda der Grünen gegen jede Vernunft und Regel durchsetzen - und sich dabei trotzdem aus der Verantwortung stehlen. Die AfD-Fraktion hat Bauer unterdessen aufgefordert, die absurden Leitlinien der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten für geschlechtergerechte Sprache an den Hochschulen zu stoppen und dafür Sorge zu tragen, dass die Benotung weiter nur nach fachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Sie solle Praktiken wie an der Universität Kassel, in Hausarbeiten Punkte abzuziehen, wenn die Geschlechtsbezeichnungen nicht „korrekt“ sind, eine klare Absage erteilen.

Auch der SWR gendert in seinem Jugendformat funk. In einer Folge von Auf Klo ging es um subjektive „Neopronomen“ wie „xier“ oder „dey“: Jeder dürfte die nutzen, wenn er möchte. Das konterkariert jeden Deutschunterricht. Und sprachwissenschaftlich schlicht absurd ist die Behauptung, dass nicht jede Person in jedem Setting dieselben Pronomen benutzt. Dieser Grundsatz hätte zur Folge, dass jeder nach Laune, Tageszeit oder Position im Menstruationszyklus statt „ich“ unterschiedliche Fantasie-Pronomen nutzen darf. Diese Redaktion fokussiert sich mit 45 Millionen Euro Zwangsgebühren auf „queere non-binäre Porn Performer“. Damit beschwört sie herauf, wogegen sie vorgibt einzutreten: Diskriminierung und Ausgrenzung.

Dr. Thomas Hartung ist Pressesprecher der Landtagsfraktion

THE LÄND? ÄBSÖRD.

DETLEF KRONE, LANGENBEUTINGEN

Der neue Slogan für Baden-Württemberg ist für mich als Zugezogenen eine Absurdität. Ich lebe mittlerweile über dreißig Jahre in Baden-Württemberg. Mir käme es überhaupt nicht in den Sinn, das Ländle umzubenennen, damit es weltoffener wird. Baden-Württemberg hat allein im Hohenlohischen Weltmarktführer ansässig, die man wohl auch so nicht benennen muss.

Hier werden wieder Steuergelder verschwendet. Demjenigen, dem diese Kampagne eingefallen ist, und diejenigen, die sie abgesegnet haben, sollen sie gefällig aus ihrer eigenen Tasche bezahlen!

Detlef Krone ist Mitglied im KV Heilbronn Land

Wege aus der rechten Ecke

Wie wir aus dem Negativ-Image herauskommen können

Torsten Kaletta, Ravensburg

Seit Gründung wird der AfD uns das Stigma der Rechtspopulisten, der Nazis und ewig Gestrigen angehängt und durch ständige Wiederholung etabliert. Dass dies viele Wähler abschreckt, ist mehr als verständlich.

Den Menschen wurde ein Feindbild generiert, an dem alles manifestiert wird, was nicht in dieses links verdrehte Weltbild passt. Diese Diffamierung greift auch bei Parlamentariern aller Fraktionen. Vorschläge der AfD werden erst abgelehnt und später kopiert von anderen Parteien vorgebracht. Dies hat sich schon vielfach auch im Bundestag bewiesen.

Die Frage stellt sich, wie man dem entgegentreten und korrigierend eingreifen kann, um das wahre Bild einer demokratischen, bürgernahen Partei aufzuzeigen. Hier können/müssen auch strittige Personen, die eine Mitverantwortung an dem öffentlichen Image tragen, ihre Aussagen korrigieren oder erklären, um der Presse den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Wichtig ist auch das Gespräch im persönlichen Umfeld. Hier wäre ein Frage und Antwortkatalog für die Mitglieder eine hilfreiche Unterstützung, um für strittige Fragen eine passende Antwort parat zu haben, die falsche Argumente entkräftet. Da könnten die Kreisverbände hilfreich sein und Arbeitskreise bilden, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Man würde daraus auch umfangreiche Erkenntnisse gewinnen, aus denen sich eventuell sogar lokale Besonderheiten erkennen lassen, die sich im Wahlkampf nutzen lassen.

Als besonderes Mittel sehe ich aber den Punkt der Transparenz. Die AfD hat sich auf die Fahnen geschrieben, dass sie für Transparenz steht. Dieser Punkt kann der Schlüssel sein, der dem Stigma entgegentritt. Warum nicht die Arbeit der AfD im Bundestag, in den Parlamenten der Länder und in den Kreisverbänden offenlegen. Dazu gehört natürlich auch, die Verfehlungen der Altparteien zu dokumentieren und zu kommunizieren. Darzulegen, welche Probleme durch Entscheidungen der Regierungen entstehen werden. Ich denke, dass sich genügend Material findet um den Menschen zu zeigen, was diese „Volksvertreter" tatsächlich wollen oder wie weit sich das mit ihren Parteiprogrammen deckt.

Ein monatlicher Online-Bericht oder eine Print-Version in allen Haushalten verteilt, würde den Menschen zeigen, dass die AfD zu ihrem Wort steht und damit beginnt zu zeigen, wer sie wirklich ist und was sie leistet. Das könnte als einjähriges Projekt beginnen und am besten vor einem Wahljahr, um den Erfolg direkt messen zu können.

> ***Es kann nicht sein, dass Mitglieder einer demokratisch gewählten Partei sich nur konspirativ treffen können***

Warum nicht den Gegner mit seinen eigenen Mitteln schlagen? Ständige Wiederholung mit Offenheit und Transparenz werden Früchte tragen. Nur so kann und wird eine Änderung der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit möglich sein. Der Weg aus dem jetzigen status quo muss Ziel sein, um weiter voran zu kommen.

Es kann nicht sein, dass Mitglieder einer regulär gewählten Partei sich wie Verbrecher nur noch konspirativ treffen können, ohne vom linken Rand behelligt und genötigt zu werden. Dieses straffällige Verhalten des linken Milieus muss weitaus stärker nach außen getragen werden, um zu zeigen, wie unsere Gesetze vom politischen Establishment missachtet werden.

Wir können nur gewinnen, wenn wir als AfD diese Richtung gemeinsam einhalten.

Torsten Kaletta ist seit Kurzem
AfD-Mitglied im KV Ravensburg

AUFGEKLÄRT!

Das Ende der „Maastricht-Kriterien“?

Ein wirksamer Sanktionsmechanismus fehlte von Anfang an – und ist heute ferner denn je

MARTIN KRIECHBAUM, KARLSRUHE

Es war einmal ein deutscher Bundeskanzler, der erklärte, dass „keine deutsche Regierung zulassen (werde), daß die in Maastricht vereinbarten strengen Kriterien – aus welchen Erwägungen auch immer – in irgendeiner Weise aufgeweicht werden“. Bei den strengen „Maastricht-Kriterien“ handelt es sich um eine Obergrenze für die jährliche Neuverschuldung eines Staates bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von drei Prozent und eine Obergrenze für den Gesamtbestand der Staatsschulden bezogen auf das BIP von sechzig Prozent. Diese Kriterien wurden in der Endphase der Verhandlungen über die Ausgestaltung der Europäischen Währungsunion auf Druck der Deutschen Bundesbank von der deutschen Delegation durchgesetzt.

Zahnloser Sanktionsmechanismus

Allerdings wurde versäumt, Verstöße gegen diese Kriterien mit einem verbindlichen Sanktionsmechanismus auszustatten, der für übermäßig verschuldete Staaten schmerzhafte und kurzfristig wirkende Strafen bedeutet hätte. Statt dessen wurde in den Absätzen 3 bis 14 ein kompliziertes und langwieriges Verfahren vereinbart, in dem es der EU-Kommission überlassen blieb, Berichte zu verfassen, Empfehlungen auszusprechen und schließlich ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die „Schuldensünder“ einzuleiten. Dieses Verfahren hatte keine abschreckende Wirkung auf die an hohe Staatsschulden gewöhnten „Weichwährungsstaaten“ im Süden der EU.

So wurde die Defizitquote bereits zwischen 1999 und 2007, also noch vor der Finanzkrise, 33 mal überschritten, ohne dass ein einziges Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet worden wäre. Der Sanktionsmechanismus erwies sich als wirkungslos. Als nach der Transformation der Finanzkrise 2008 zu einer Staatsschuldenkrise Vorschläge zur Erhöhung der Effektivität der Durchsetzung der Maastricht-Kriterien mithilfe eines automatischen Sanktionsmechanismus unterbreitet wurden, geschah nichts, da die Mehrheitsverhältnisse eine derartige Strukturreform aussichtslos erscheinen ließen.

Verschuldungsgrenzen wegen Covid19 außer Kraft gesetzt

Im März 2020 setzte die EU-Kommission die Verschuldungsgrenzen außer Kraft, weil zur Bekämpfung der nach der Pandemie erwarteten Wirtschaftskrise die Eurozonenmitgliedstaaten mit möglichst viel Liquidität ausgestattet werden sollten. Dieser Rechtszustand hält bis heute an. Am 26.11.2021 vereinbarten der italienische Ministerpräsident Draghi und der französische Staatspräsident in Rom, für eine „Reform“ der Maastricht-Kriterien innerhalb der EU zu werben. Bereits im Oktober 2021 war der Präsident der Deutschen Bundesbank Jens Weidmann zurückgetreten, da er für seine Position einer Änderung der Geldpolitik der EZB trotz ansteigender Inflationsraten keine Mehrheit sah. Im Widerspruch zum obigen Zitat Helmut Kohls unternahm die bisherige Bundesregierung in den letzten anderthalb Jahren keine Anstrengungen, durch Druck auf die EU-Kommission die Maastricht-Kriterien wieder in Kraft zu setzen. Wird die neue Bundesregierung diese Linie ändern und sich entschlossen dem italienisch-französischen Bündnis entgegenstellen, um gemeinsam mit an finanzieller Solidität interessierten Partnern innerhalb der Eurozone die Maastricht-Kriterien zu verteidigen?

> *Zwischen 1999 und 2007 wurde die Defizitquote 33 mal überschritten*

Aufgabe der AfD-Bundestagsfraktion ist es nunmehr, die Öffentlichkeit über die aktuellen Entwicklungen sowie die möglichen Folgen zu informieren und ein weiteres Abgleiten der Eurozone in unbegrenzte Schuldenaufnahme zu bekämpfen.

Martin Kriechbaum ist Mitglied im KV Karlsruhe und Diplom-Volkswirt im Bereich des Controlling

DIE GUTE NACHRICHT

Foto: opposition24 / flickr / CC BY 2.0